



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 27. November 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-05-0041

Beratungsstelle NeW Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 19.11.2019 -

Nach Abschluss der Haushaltsberatungen traten unterschiedliche Unterstützer (z.B. MigraMundi und das BWHW) schriftlich oder durch Verteilung eines Informationsblattes vor der Stadtverordnetenversammlung an die Stadtverordneten heran um darauf aufmerksam zu machen, dass die Beratungsstelle NeW der Werkgemeinschaft e.V. durch Auslaufen einer Drittmittelfinanzierung und dem Ausbleiben einer städtischen Unterstützung zum April 2020 ihr Angebot der Traumabewältigung für Geflüchtete einstellen müsste und dies Auswirkungen auf die dahingehende Versorgungssicherheit in Wiesbaden hätte.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zügig

1. zu berichten, wie er die diesbezügliche Versorgungsangebot in der LHW und in dem Zusammenhang die fachliche Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Angebotes der Beratungsstelle NeW bewertet,
2. die Plausibilität des angemeldeten Bedarfs in Höhe von 94.290 Euro (2020) und 144.860 Euro (2021) zu bewerten,
3. Möglichkeiten der kommunalen Unterstützung, wenn möglich ohne weitere Haushaltszusetzungen, darzulegen.

Protokollnotiz Nr. 0188

Der Antrag ist durch den Beschluss zum TOP 8 der heutigen Sitzung (BP 0192) erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2019

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2019

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister